



Pressemitteilung

Die Delegiertenversammlung des Hausärzteverbands Hessen e.V. verabschiedet eine Resolution zur Zukunftssicherung der Allgemeinmedizin und der hausärztlichen Versorgung durch die Ärzteschaft

Bad Soden Salmünster, 24.04.2021 - Der Hausärzteverband Hessen e.V. fordert die Politik, die Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene, die ärztlichen Körperschaften und die Kostenträger auf, die Sicherstellung und Weiterentwicklung der wohnortnahen Hausarztversorgung in der Selbstverwaltung und Trägerschaft der Ärztinnen und Ärzte weiterhin zu sichern und zu fördern und alles dafür Notwendige zu tun, insbesondere durch den Erlass von entsprechenden Gesetzesregelungen und Richtlinien, die die Fehlentwicklungen zu einem verstaatlichten ambulanten Gesundheitswesens unterbinden.

Die Delegierten sprachen sich dabei einstimmig gegen die Wettbewerbsverzerrungen aus, die durch den Aufkauf von hausärztlichen Praxen durch kommunale MVZ-Träger entstehen. Dies stellt einen grundlegenden Paradigmenwechsel dar und eine einen Verstoß gegen den Grundsatz der Subsidiarität. Wenn die wohnortnahe Hausarztversorgung durch die öffentliche Hand übernommen werden soll, obwohl die angestrebte Sicherstellung aus der Ärzteschaft möglich ist, kommt es zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung.

Damit würde auch das Prinzip der wohnortnahen Hausarztversorgung aufgegeben. Ein solches Versorgungskonzept lässt für die einzelnen Nachbesetzungsverfahren der örtlichen HausartzkollegInnen keinen Raum mehr für die Findung freiberuflicher oder ärztlich getragener Versorgungsstrukturen, sondern ist der Einstieg in die Verstaatlichung der ambulanten Gesundheitsversorgung.

Die Delegierten befürchten einen Verdrängungswettbewerb mit Steuergeldern, der die bewährte hausärztliche Versorgung empfindlich stören könnte. Ein solcher Eingriff in die ärztliche Selbstverwaltung ist nicht zu akzeptieren.

Armin Beck
Vorsitzender des Hausärzteverbandes Hessen e.V.